



Zahl der Berufspendler stark gestiegen

IG BAU fordert mehr
bezahlbare Wohnungen

Immer mehr Pendler: 49 Prozent aller Berufstätigen in Duisburg pendeln zum Arbeiten in die Stadt – 28 Prozent mehr als im Jahr 2000. Das teilt die IG Bauen-Agrar-Umwelt mit. Die Gewerkschaft beruft sich auf eine aktuelle Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Danach zählt Duisburg rund 79 900 sogenannte Einpendler.

Die IG BAU nennt den Trend „alarmierend“. Immer mehr Menschen müssten immer weitere Strecken zur Arbeit zurücklegen – und verbrächten immer mehr Zeit im Stau, kritisiert Bezirkschefin Karina Pfau. Dafür sei maßgeblich eine verfehlte Wohnungsbaupolitik in den Ballungsgebieten verantwortlich.

„Seit Jahren hält das Angebot bezahlbarer Wohnungen nicht mit dem Bedarf Schritt. Wir haben in Duisburg eine gute Entwicklung bei den Arbeitsplätzen, aber für die Menschen wird es immer schwieriger, sich dort auch eine Wohnung zu leisten“, sagt Pfau. Die IG BAU fordert ein Umdenken in der Wohnungspolitik. „Die öffentliche Hand muss viel mehr als bisher investieren, um bezahlbaren Wohnraum in den Metropolen und Ballungsräumen zu schaffen“, betont Pfau. Es würden mehr Sozialwohnungen und mehr bezahlbare Mietwohnungen gebraucht.



Pressespiegel

Ausgabe: 10.05.2017



20 Prozent mehr Pendler im Kreis Kleve

Kreis Kleve. Die Industriegewerkschaft (IG) BAU fordert mehr bezahlbaren Wohnraum in Großstädten, denn es gibt 20 Prozent mehr Pendler im Kreis Kleve als noch im Jahr 2000. Zuletzt verließen 30 Prozent aller Berufstätigen auf dem Weg zur Arbeit die Grenzen des Kreises. Das hat die IG Bau-Agrar-Umwelt mitgeteilt. Die IG BAU Duisburg-Niederrhein beruft sich hierbei auf eine aktuelle Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Danach zählt der Kreis Kleve immerhin rund 32 000 „Auspendler“.

NRZ Kleve



Immer mehr Pendler: IG Bau fordert bezahlbares Wohnen

Der Kreis Wesel verzeichnet 22 Prozent mehr Pendler seit 2000. Die IG Bau stellt deshalb neue Forderungen auf.

WESEL (RP) Immer mehr Pendler im Kreis Wesel: Zuletzt verließen 50 Prozent aller Berufstätigen auf dem Weg zur Arbeit die Grenzen des Kreises – 22 Prozent mehr als noch im Jahr 2000. Das hat die IG Bauern-Agrar-Umwelt mitgeteilt. Die IG BAU Duisburg-Niederrhein beruft sich hierbei auf eine aktuelle Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Danach zählt der Kreis Wesel rund 79.900 sogenannte Auspendler.

Die Gewerkschaft nennt den Trend „alarmierend“. Immer mehr Menschen müssten immer weitere Strecken zur Arbeit zurücklegen – und verbrächten immer mehr Lebenszeit im Stau, kritisiert Bezirkschefin Karina Pfau. Dafür sei maßgeblich auch eine verfehlte Wohnungsbaupolitik in den Ballungsgebieten verantwortlich. „Seit Jahren hält das Angebot bezahlbarer Wohnungen nicht mit dem Bedarf

Schritt. Wir haben gerade in den größeren Städten eine gute Entwicklung bei den Arbeitsplätzen, aber für die Menschen wird es immer schwieriger, sich dort auch eine Wohnung zu leisten“, sagt Pfau. Strecken von über 50 Kilometern bis zum Betrieb seien mittlerweile gang und gäbe. Dies belastet nicht nur die Umwelt, sondern auch die Nerven und die Gesundheit der Betroffenen. Die IG BAU fordert ein Umdenken in der Wohnungspolitik. „Die öffentliche Hand muss viel mehr als bisher investieren, um bezahlbaren Wohnraum in den Metropolen und Ballungsräumen zu schaffen“, betont Pfau. Um die Berufspendler im Kreis Wesel zu entlasten, müsse mittelfristig jedoch auch die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut werden, fordert Pfau. „Wir brauchen bessere Schienennetze und mehr Radwege. Aber auch bei Straßen und Brücken ist der Nachholbedarf groß.“

RP Wesel



IG BAU fordert gerechte Verteilung für ein stabiles Europa

Europatag

Frankfurt am Main, 09.05.2017

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) mahnt Berlin und Brüssel zu einem Kurswechsel in der Europapolitik. Anlässlich des heutigen Europatags sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger: „Nach der Wahl in Frankreich hat Europa noch einmal eine Chance bekommen.“

Wir dürfen sie nicht verspielen. Dazu gehört es, die Gründe für die Wut der Menschen auf Europa und ihre Angst vor der Globalisierung endlich klar zu benennen: Wir erwirtschaften Gewinne im Übermaß. Der Reichtum wird aber nicht gerecht verteilt.“

Die IG BAU fordert ein Ende der völlig überzogenen Sparpolitik in Südeuropa ebenso wie eine gerechte Steuerpolitik und den Stopp der Freihandelsabkommen der EU mit den USA wie auch Kanada, TTIP und CETA. Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards dürfen nicht weiter reinen Profitinteressen geopfert werden.

„Elf Millionen Franzosen haben für den Front National und damit gegen Europa gestimmt. Das ist ein Weckruf für eine bessere Politik - auch in Berlin. Deutschland muss Verantwortung übernehmen für eine solide Sozialpolitik in der EU. Es kann Deutschland auf Dauer nicht gut gehen, wenn es seinen Nachbarn schlecht geht. Und auch hierzulande werden Europagegner weiter Zulauf erhalten, wenn weiterhin Wirtschaftsinteressen auf Kosten der Beschäftigten durchgesetzt werden“, sagte Feiger. „Wer das Gerechtigkeitsproblem leugnet und weiter macht wie bisher, ist mitverantwortlich für das Wiedererstarken des Nationalismus, mit allen seinen Gräueln gegenüber Minderheiten und Andersdenkenden. Wir wollen, dass Europa wieder zum Symbol für eine Zukunft in Frieden und Wohlstand für alle wird.“

Lokalkompass